

Positionspapier zum Thema „Haus- und fachärztliche Versorgung in der Elbe-Weser-Region“ für die 8. Unterweserkonferenz am 29. April 2010

Entwurf

Haus- und fachärztliche Versorgung in der Elbe-Weser-Region

Seit geraumer Zeit ergeben sich in der Elbe-Weser-Region zunehmend Schwierigkeiten bei der Nachfolgeregelung hausärztlicher Praxen. Viele im Landkreis Cuxhaven praktizierende Hausärzte werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten. Aufgrund der Erkenntnisse der Kassenärztlichen Vereinigungen Niedersachsen und Bremen aus den letzten Jahren liegt das Ausstiegsalter generell eher bei 60 Jahren. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass - allein in Niedersachsen - bis zum Jahr 2020 rund 8.000 Ärzte das 60. Lebensjahr erreichen werden, was einem Anteil von ca. 70 % entspricht. Wenn es nicht gelingen sollte, zulassungswillige Ärzte für die Elbe-Weser-Region in einer gewissen Größenordnung zu gewinnen, ergäbe sich ein signifikanter Fehlbedarf in der flächendeckenden hausärztlichen Versorgung. Erhebliche lokale Versorgungsengpässe wären die Folge. Das mögliche Szenario allein für den Landkreis Cuxhaven: Statt von heute noch 120 praktizierenden Hausärzten wären im Jahre 2020 nur noch 33 im Landkreis Cuxhaven tätig.

Die Arztzahlprognose der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Bezirksstelle Stade, zeigt auf, dass es konzentrierter Bemühungen aller Beteiligten (z. B. Politik, Krankenkassen, Ärztekammern und Kommunen) bedarf. Insbesondere die enge Verzahnung zwischen dem Landkreis Cuxhaven und der Seestadt Bremerhaven ist von großer Bedeutung, schon vor dem Hintergrund, dass ein nicht unerheblicher Teil der Patientenströme aus dem Landkreis Cuxhaven nicht vor Bremerhaven Halt macht. Ein wichtiges Instrument, sich mit dieser besorgniserregenden regionalen ärztlichen Versorgungssituation auseinanderzusetzen, ist der sich im März 2009 gegründete Arbeitskreis Ärzteversorgung, den der Kreistag des Landkreises Cuxhaven ins Leben gerufen hat. Teilnehmer und Verantwortliche u. a. aus verschiedenen Bereichen der Gesundheitseinrichtungen, niedergelassene Ärzte, Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigungen und Vertreter der Kommunen der Region Landkreis Cuxhaven / Bremerhaven arbeiten daran, die Lage zu analysieren und Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu entwickeln.

Die Ursachen der drohenden medizinischen Unterversorgung im ländlichen Raum sind vielfältig und inzwischen hinreichend bekannt: Die Tendenz zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, die Feminisierung der Medizin, ungenügende Bezahlung, die fehlende Infrastruktur auf dem Lande, lange Fahrwege, Rund-um-die-Uhr-Dienst und die Bereitschaftsdienstbelastung machen den Arztberuf gerade für diese i. d. R. struktur- und wirtschaftsschwachen Gebiete der Elbe-Weser-Region für die neue Medizinergeneration kaum noch attraktiv.

Auch im Bereich der stationären medizinischen Versorgung führte der Ärztemangel zunehmend zu Problemen bei der Besetzung von vakanten Stellen. Damit bahnt sich auch im fachärztlichen Bereich ein Ärztemangel an. Dabei ist die Talsohle der derzeitigen Probleme noch lange nicht erreicht. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, vor allem der demografische Wandel, d. h. das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung, sowie die sich ständig verschlechternden Rahmenbedingungen werden den Ärztemangel in Zukunft noch weiter verschärfen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich für die Mitglieder der Unterweserkonferenz, die Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch, deren Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sowie die Seestadt Bremerhaven die Verpflichtung, den in der Unterweserregion niederlassungswilligen Ärztinnen und Ärzten im Sinne einer erwünschten Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglichst entsprechende soziale Infrastrukturen (z. B. Kindertageseinrichtungen, Schulen, berufliche Möglichkeiten für Lebenspartner/innen) und kulturelle Einrichtungen zu garantieren. Ferner könnte die Gemeinden attraktivere Rahmenbedingungen schaffen, beispielsweise

se durch die Bereitstellung von Praxis- und/oder Wohnraum und Bauland zu günstigen Bedingungen. In jedem Fall sollten die Gemeinden in ihren Regionen kompetente Ansprechpartner bei der ersten Orientierung interessierter Ärzte sein. Gefragt sind neben diesen Rahmenbedingungen kreative Lösungen der Gemeinden, damit sie als Niederlassungsort für Ärzte reizvoll werden.

Die verantwortlichen Kassenärztlichen Vereinigungen im Bereich des Regionalforum Bremerhaven werden eine ausreichende Versorgung mit Ärzten für die Bevölkerung nicht aus eigener Kraft sicherstellen können. Die Unterweserkonferenz richtet daher die nachfolgenden Appelle sowohl an das Bundesministerium für Gesundheit als auch an die Kassenärztlichen Vereinigungen Bremen und Niedersachsen:

Die Unterweserkonferenz spricht sich dafür aus, dass:

1. die Rahmenbedingungen für die flächendeckende ärztliche Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, grundlegend verbessert werden. Das Bundesministerium für Gesundheit wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen gegen den bereits bestehenden und sich zukünftig noch verschärfenden Ärztemangel einzuleiten. Vor allem sind auf bundespolitischer Ebene die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Arztberuf - insbesondere im ländlichen Raum - wieder attraktiv wird. Neben dem Abbau von überbordender Bürokratie und angemessener leistungsgerechter Vergütung (Landarztzuschläge) sind gezielte Nachwuchsgewinnung, Stärkung der Allgemeinmedizin in der Ausbildung, Ausbau der Anreize und Mobilitätshilfen bei der Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Gebieten und schließlich die Erweiterung der Delegationsmöglichkeiten zur Arztentlastung zu nennen.
Aufgrund der Tatsache, dass sowohl die Zahl der Medizinstudenten zu niedrig als auch die Rate der Studienabbrecher zu hoch ist, sollte überlegt werden, ob das Auswahlkriterium „Numerus Clausus“ unverändert bestehen bleiben muss oder ob besser geeignete Kriterien für die Vergabe dieser Studienplätze möglich sind. Nicht nur der Notendurchschnitt eines Bewerbers, sondern auch sein soziales Engagement - etwa ein freiwilliges soziales Jahr im Krankenhaus - sollten bei der Zulassung berücksichtigt werden. Bei diesem Verfahren haben dann auch männliche Bewerber wieder mehr Chancen, den Arztberuf zu ergreifen.
2. die Kassenärztlichen Vereinigungen für Niedersachsen und Bremen aufgefordert werden, ihre derzeitigen Bedarfsplanungen abzugleichen und aufeinander abzustimmen. Insbesondere ist die Bedarfsplanung der ärztlichen Versorgung insofern zu überarbeiten, dass die Versorgungsbereiche kleinräumiger gestaltet werden, damit eine bedarfsgerechtere Versorgungsdichte, insbesondere hausärztlicher Angebote, gewährleistet wird.